



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 17. August 2011
WIVERTIS GmbH, Versammlungsraum 1. UG,
Konrad-Adenaur-Ring 60, 65187 Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 16/11 + NÖ, 17/11, 18/11

(Drucksachenband 160)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0082 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird die Sitzungsvorlage 11-V-20-0039 - Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden 2010 zugesetzt.

2. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0083 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 01.06.2011 wird genehmigt.

Einstimmig

0084 11-A-19-0001

Sanierung ehemalige Walkmühle - Sachstand

Die Behandlung dieses Punktes wird auf die kommende Sitzung verschoben, da heute zum Sachstand nicht berichtet werden kann.

Einstimmig

0085 10-F-01-0068

Druckerzeugnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der SPD-Fraktion vom 17.08.2010 -

Zu diesem Punkt ist ein weiterer Bericht des Magistrats angekündigt. Die Beratung erfolgt nach Vorlage des Berichts.

Einstimmig

Die unter den Beschlussnummern 0086 bis 0090 aufgeführten Punkte werden ohne weitere Aussprache abgestimmt.

0086 11-V-80-6001

Einführung eines neuen Verfahrens zum Controlling der städtischen Vergaben

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0087 11-V-51-0024

Ev. Bodelschwingh-Kirchengemeinde in Kloppenheim, zusätzliche Kosten für Ersatzneubau der Kindertagesstätte

Enth. Linke&Piraten

0088 11-V-51-0037

Sanierung und Erweiterung der Kath. Kindertagesstätte Sankt Bonifatius

Einstimmig

0089 11-V-40-0019

Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule; Dachsanierung

Einstimmig

0090 11-V-20-0030

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2011

Einstimmig

0092 **Vorstellung des Leistungsspektrums von WIVERTIS**
- mdl. Bericht von Herrn Dr. Schneider (Geschäftsführer) -

Herr Dr. Schneider (Geschäftsführer WIVERTIS) stellt an Hand eines Power-Point-Vortrages das Leistungsspektrum von WIVERTIS vor. Der Vortrag ist Bestandteil der Niederschrift.

Außer Herrn Dr. Schneider sind Frau Dr. Weiland, Herr Biehn und Herr Michlinski von WIVERTIS anwesend.

Stv. Dr. Gretz-Roth fragt nach der Laufzeit der Dienstvereinbarung. Nach ihrer Auffassung sei sie im nächsten Jahr verhandelbar. Sie fragt nach den Möglichkeiten der LHW, NEIN zu sagen bzw. zu einem anderen Anbieter zu wechseln.

Herr Emmel (Kämmerei) bestätigt, dass der Vertrag ausläuft. Der Vertrag werde neu ausgeschrieben, man sei dabei, zu recherchieren, welche Strategie die LHW verfolgen solle. Dazu benötige man rechtlichen Rat.

Herr Biehn korrigiert, dass nicht der Vertrag auslaufe, sondern dass jetzt erstmalig möglich sein wird, den Vertrag zu kündigen (zum 31.12.2014). Er bestätigt, dass die Entgelte auch nur bis zu diesem Termin fix sind und dass bei einer Kündigung alles neu verhandelt würde.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Herr Dr. Schneider weist darauf hin, dass man den Vertrag ganz kündigen könne oder in einen Prozess eintreten könne, in dem Preise angepasst werden könnten.

Auf Nachfrage von Stv. Denne erklärt er, dass zur Kündigung eine Vorlaufzeit von 12 Monaten vereinbart wurde.

Auf die Frage von Stv. Franz, ob es Auswirkungen auf die interne Veränderung bei Siemens (Teil gehört jetzt ATOS / Paris) auf WIVERTIS gäbe, wird dies von Herrn Dr. Schneider verneint.

Am Anschluss an die Sitzung besteht für die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, an einer internen Führung durch einen Teil der Räume von WIVERTIS teilzunehmen.

Vors. Tollebeek weist abschließend darauf hin, dass es u. a. bei KLIS enorme Entwicklungskosten gegeben habe, dies aber ganz allgemein durch die Schaffung von WIVERTIS (eine erhebliche Erfolgsgeschichte) der Vergangenheit angehören würde. Man könne heute ganz anders kalkulieren, der Umgang mit Störfällen sei geregelt. Es sei ein guter Schritt gewesen, das Tochterunternehmen WIVERTIS zu gründen. Wenn es weiterhin das KGRZ gegeben hätte, müsste man heute sicher mit einem Zuschuss von 10 Mio € rechnen. Frau Wansner und Herr Dr. Müller hätten entscheidend dazu beigetragen, dass es heute WIVERTIS gäbe.

Einstimmig

0093 **10-V-20-0033**

Abschlussbericht über das Projekt " Aufbau einer elektronischen Akte LHW / eGovernment-Labor " ; Beschlussfassung für neue Projektphase " Produktivnahme eAkten LHW "

- mdl. Bericht von Herrn Kremer (I/20-ITM)

Herr Kremer berichtet anhand von 2 Beispielen über den Nutzen von IT-Projekten. Der Vortrag ist Bestandteil der Niederschrift.

Stv. Denne fragt nach personellen Einsparungen durch die Einführung neuer Verfahren.

Herr Zenzen (Revisionsamt) weist darauf hin, dass in dem von Herrn Kremer beschilderten Beispiel jeder Sachbearbeiter nur eine Handvoll Rechnungen auf dem Schreibtisch habe, so dass eine personelle Einsparung nicht gegeben sei. Aber die Postlauf- und Zugriffszeiten hätten sich verkürzt.

Lt. Herrn Kremer werden die Mitarbeiter von stupiden Arbeiten befreit und können für wichtige Aufgaben mehr Zeit aufwenden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass man bei bösem Willen jetzt behaupten könne, dass die Mitarbeiter nun ein schöneres Arbeitsumfeld hätten. Es sei schon erheblich, dass rationalisiert würde, wenn auch nicht konkret in dem beschriebenen Beispiel. Schön wäre es ja auch schon, wenn nun die Möglichkeit, Skonto abzuziehen, genutzt werden könnte.

Er vermisse aber immer noch die Rechtfertigung, warum beim Amt für Soziale Arbeit für die Einführung der eAkte so viel Geld ausgegeben würde. Bei IT-Maßnahmen müssten Einsparpotentiale gegenüber stehen.

Der Ausschuss würde verstärkt darauf achten, dass in Sitzungsvorlagen über IT-Maßnahmen die Refinanzierung dargestellt werde.

Er schlägt vor, sich mit dem Bereich 51 in gesonderter Sitzung zu beschäftigen.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0094 Einstimmig
11-V-08-0005

Machbarkeitsstudie "Ausbau der Grundschulkinderbetreuung"

Stv. Bachmann fragt nach, warum solche Aufträge an die SEG und nicht an Fachbereiche gegeben würden.

Stadträtin Scholz berichtet, dass sich die SEG als städt. Gesellschaft bewährt habe. Es habe nur ein kurzer Zeitraum zur Verfügung gestanden und man hätte ansonsten keine Kapazitäten gehabt.

Auf die Nachfrage, ob die Summe, die ausgegeben wurde, das Ergebnis der Machbarkeitsstudie gewesen sei, verneint Frau Scholz. Ihre Mitarbeiter würden durch die Schulen gehen, um herauszufinden, was baulich verändert werden müsse. Danach würde für den Haushalt geplant und die Stadtverordnetenversammlung um Entscheidung gebeten, für welche Projekte konkret wie viel Geld ausgegeben werden solle.

Lt. Vors. Tollebeek sollte nicht gefragt werden, welche Umbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen, sondern ob überhaupt etwas umgebaut werden müsse.

Stadträtin Scholz bestätigt diese Vorgehensweise, die auch in der Sitzungsvorlage steht, die demnächst in den Geschäftsgang geht. Ziel sei es, Synergieeffekte zu erzielen. Es gäbe durchaus Schulen, in denen nicht umgebaut werden müsse. Ihr Dezernat begleite diesen Prozess sehr intensiv.

gegen Bündnis 90/Die Grünen und Linke&Piraten

0095 11-F-08-0025

Wartungsarbeiten an Winkosi und PIWI
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 10.08.2011 -

Zu diesem Antrag wird eine schriftliche Antwort vorgelegt.

Einstimmig

0096 11-F-07-0010

Seebühne am Kurparkweiher / 06-V-82-0015
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 09.08.2011 -

Vors. Tollebeek berichtet über die Geschichte der Seebühne. Man hatte im Auge, dass Ballett durch Aufführungen im Kurpark besonders zu fördern und dem Publikum näher zu bringen, was kulturell hochwertig aber finanziell desaströs war.

Der Ausschuss habe sich bereits 2006 mit dem Thema beschäftigt. Damals habe man letztendlich der Kurbetriebskommission anheimgestellt, sich mit dem Thema weiter zu beschäftigen.

Stv. Bachmann bestätigt den von Vors. Tollebeek geschilderten Ablauf und hätte durch den Antrag gern ein Update.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Er bittet außerdem darum, den Antrag um einen Punkt zu erweitern. Er möchte wissen, ob die Bühne noch einmal Verwendung gefunden habe.

Dieser Zusatzpunkt wird in den Beschluss aufgenommen.

Einstimmig

0097 11-F-08-0026

Außer- / überplanmäßige Ausgaben für Brandschutzmaßnahmen
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 10.08.2011 -

Zu diesem Antrag waren sowohl die Berufsfeuerwehr als auch das Hochbauamt eingeladen. Die Berufsfeuerwehr ist in der Sitzung nicht vertreten.

Herr Maurer (Leiter des Hochbauamtes) steht für Auskünfte zur Verfügung.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass bei Annahme des Antrages in der jetzigen Form die Verwaltung lahm gelegt werden würde.

Stv. Göttenauer reduziert die von ihm nachgefragte Zeit auf 2 anstatt 10 Jahre und hätte gern eine Auflistung der Projekte.

Stv. David fragt nach, was das denn bringen solle, wichtiger seien doch die Gründe für die Ausgaben, nicht die bloße Aufzählung.

Herr Maurer erklärt zur von Stv. Göttenauer nachgefragten Jawlensky-Schule, dass diese von der SEG betreut worden sei, daher könne er zu diesem Projekt keine näheren Angaben machen. Es würden aber grundsätzlich 2 Dinge miteinander vermengt.

Es gäbe Brandverhütungsschauen, die sich auf den aktuellen Stand der Technik bezögen und bei denen auch Veränderungen aufgezeigt würden.

Daneben gäbe es im Zuge von Baumaßnahmen immer wieder „Entdeckungen“, die vorher einfach nicht absehbar waren oder nicht zerstörungsfrei abzuklären waren.

Herr Emmel weist ebenfalls darauf hin, dass bei Brandverhütungsschauen auch aktuelle Dinge dazu, die nicht planbar seien.

Die Berufsfeuerwehr könne bei den Maßnahmen, bei denen üpl- oder apl-Mittel notwendig waren, gar nichts sagen.

Herr Zenzen geht darauf ein, dass es losgelöst von Brandschutzmaßnahmen ein zweistufiges Verfahren gäbe - Grundsatz- und Ausführungsvorlage. Man sei früher öfter auf die Nase gefallen, aber man habe vor einigen Jahren zur Planungssicherheit dieses neue Verfahren eingeführt. Die Verwaltung müsse jetzt an mögliche Asbest-Verarbeitung vorher denken.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass die Berufsfeuerwehr gar nicht die Kapazitäten habe, alle Gebäude dauernd zu überwachen. Auch das ein Grund dafür gewesen, dass zweistufige Verfahren einzuführen. Er sehe keinen Hintergrund und keinen Nutzen für den Antrag. Bei allen Umbaumaßnahmen seien u. a. Bodengutachten, Asbest und Brandschutz Dinge, die angemahnt würden.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. David schlägt vor, den 1. Teil des Antrages weg zulassen und den 2. Teil des Antrages zur Abstimmung zu stellen.

Stv. Göttenauer übernimmt als Antragsteller diesen Antrag.

Der 2. Teil des Antrages wird abgestimmt und wie folgt angenommen:

Wie bewertet der Magistrat die ständigen Kostenüberschreitungen für Brandschutzmaßnahmen?

Einstimmig

0098 11-F-01-0001

Gutachten zu den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2011 -

Lt. Stv. Dr. Gretz-Roth kann der Punkt trotz Vorliegen des Gutachtens heute nicht beraten werden, da der ursprüngliche Auftrag für die Erstellung des am 27.05.2011 dem Ausschuss zur Verfügung gestellten Gutachtens nicht vorliegt.

Stv. Göttenauer fragt nach der Liste der anderen Gutachten, die in einem bereits gefassten Beschluss nachgefragt wurden.

Vors. Tollebeek erklärt dazu, dass es bei Eigenbetrieben nicht so einfach sei, Dinge anzufordern. Ansprechpartner sei immer der Magistrat. Der Aufsichtsrat würde dann entscheiden, ob er Unterlagen an den Magistrat weitergibt und dann müsse noch der Magistrat entscheiden, ob die Unterlagen an die Stadtverordnetenversammlung weitergehen oder nicht.

Die Beratung des Punktes wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 21.09.2011 verschoben.

Einstimmig

0099 11-V-10-0015

Bürgerhaus Erbenheim; Sanierung 2. Bauabschnitt

Stv. Franz fragt nach, warum die Mehrkosten nicht von Anfang an bekannt waren.

Herr Emmel berichtet, dass es sich um einzelne Bauabschnitte handele. Es habe noch Restmittel gegeben. Der Baufortschritt sei schneller als geplant gewesen.

Herr Maurer teilt mit, dass es noch einen 3. Bauabschnitt geben werde (über ca. 35.000 €) - die Halle werde stark genutzt-

Vors. Tollebeek möchte wissen, ob bei dem Beschluss über den 1. Bauabschnitt auch die anderen angekündigt wurden. Auf den Einwurf von Herrn Maurer stellt Vors. Tollebeek klar, dass die Stadtverordnetenversammlung sicherlich frei darin sei, Bauabschnitte zu streichen, aber es sei

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

sicherlich nicht angebracht, z. B. Toilettenanlagen nicht zu bauen. Er bittet darum, die Sitzungsvorlage über den 1. Bauabschnitt zu besorgen. Wenn dort nichts über weitere geplante Abschnitte angekündigt sei, müsse man weiter überlegen.

Auf die Frage von Stv. Göttenauer, was mit den Restmitteln ursprünglich geplant gewesen sei berichtet Herr Maurer, dass die Bauabschnitte von den Bauherrenämtern festgelegt werden. Die Baufachleute würden lieber am Stück durchbauen. Zu der ursprünglich geplanten Verwendung der Restmittel kann er konkret nichts sagen.

Einstimmig

0100 11-V-20-0031

Investitionscontrolling 1. Quartal 2011

Es entsteht eine Diskussion über die Obligos der verschiedenen Dezernate und es gibt Nachfragen von Stv. Göttenauer z. B. zum Bergkirchenviertel und zum Bereich „Soziale Stadt“, die Herr Emmel spontan nicht beantworten kann.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, dass es lang geübte Praxis ist, die Kämmerei vor der Sitzung über die Einzelfragen zu unterrichten, die sich dann entsprechend für die Sitzung vorbereiten kann.

In diesem Fall werden die nachgefragten Punkte der Kämmerei schriftlich mitgeteilt und um Beantwortung gebeten.

Einstimmig

0101 11-V-20-0046

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Stv. Kienast-Dittrich möchte zur Zusatzausstattung WIVERTIS wissen, was außer Jumbo noch dabei sei.

Herr Kremer teilt mit, dass bei neu bei WIVERTIS beauftragten Installationen auch die Betreuungskosten eingeschlossen seien.

Stv. Kienast-Dittrich fragt weiter nach, ob man das nicht hätte einplanen können. Es sei doch bekannt gewesen, dass die Datenbank alt sei.

Herr Emmel wirft ein, dass es vielleicht machbar gewesen wäre, aber bei 51 seien viele Fachverfahren im Einsatz, die modernisiert werden. Jumbo war wahrscheinlich für ein anderes Jahr vorgesehen, aber dann kam die eAkte dazu.

Herr Quetscher berichtet, dass die eAkte entscheidend sei. Die Jugendhilfemaßnahmen würden darüber abgewickelt.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Kienast-Dittrich möchte wissen, ob es eine Ausschreibung gäbe, wenn etwas zusätzlich anfallt oder ob automatisch WIVERTIS Ansprechpartner sei.

Lt. Vors. Tollebeek habe man dafür ja einen Vertrag mit WIVERTIS.

Herr Buch teilt mit, dass die Bandbreite sehr groß sei und eine Abnahmeverpflichtung bestehe. Man will und kann manche Dinge nicht voneinander trennen. Durch die eAkte gäbe es Synergieeffekte, aber mit der alten Datenbank sei das nicht machbar gewesen.

Einstimmig

0102 **11-V-30-0001**

Datenschutzbericht 2010

Stv. Kienast-Dittrich fragt nach, wie bei der LHW Mails verschickt werden und der Datenschutz dabei eingehalten wird. Bei ihrem Arbeitgeber dürfe man z. B. nicht mehr schreiben, man sei in der Zeit von bis nicht da.

Herr Quetscher berichtet, dass man innerhalb des städt. Netzes mit dem Hess. Datenschutzbeauftragten übereingekommen sei, die Nachrichten nicht zu verschlüsseln. Man werde aber z. B. keine Beihilfeabrechnungen oder Personalangelegenheiten als Mail finden. Mails nach außen hin zu verschlüsseln ließe sich im Moment technisch noch nicht umsetzen, aber man sei mit WIVERTIS an diesem Problem dran.
Für jedes Postfach sei eine Stellvertreter/innenregelung eingerichtet.

Stv. Oschmann fragt nach, wie denn mit den social networks umgegangen würde. Wiesbaden Marketing arbeite mit diesen Plattformen. Er halte dies für höchst gefährlich. Es kämen außerdem rechtliche Probleme auf die LHW zu. Zum Selbstschutz der Mitarbeiter/innen müsse etwas unternommen werden.

Herr Quetscher berichtet, dass er gerade heute eine Mail an Wiesbaden Marketing gerichtet habe. Er kümmere sich darum, weil dort die Wiesbaden.de-Seite betreut werde. Es sei eine Abwägung von politischem Willen und Sicherheitsbedenken. Das Pressereferat und Wiesbaden Marketing twittern und nutzen youtube- es sollen dort auch Wiesbaden-Filme eingestellt werden. Facebook wird nicht genutzt.
Sein Anliegen sei, eine saubere Richtlinie zu haben, wie man mit den social networks umzugehen habe. Er habe dies auch noch einmal angeregt.

Für Vors. Tollebeek ist dies ein heikles Feld, er gehöre zu den bekennenden Verweigerern. Er hoffe, dass Mitarbeiter/innen aus dem Bereich des Amtes für Soziale Arbeit nicht twittern, dass ein Nachbar gerade da gewesen sei und Sozialleistungen beantragt habe.

Herr Quetscher kann hier beruhigen - dies falle unter das Sozialgeheimnis, dem alle Mitarbeiter/innen im Sozialbereich unterliegen. Unbedachte Äußerungen könne man nicht ausschließen, aber bewusst würde das niemand tun.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Oschmann geht davon aus, dass in der Praxis des Büroalltages einiges passiere und bittet darum, die Mitarbeiter/innen zu sensibilisieren.

Herr Buch weist darauf hin, dass die Regularien der LHW sicher nicht ganz modern seien, aber alles regelten, was gebraucht wird. Man müsse auch keine Regelung für alle Mitarbeiter/innen schaffen, sondern speziell für die Mitarbeiter/innen im Bereich Wiesbaden Marketing, Pressereferat usw., die sich auf Infoplattformen bewegten. Es müsse ein Bewusstsein erzeugt werden, dass man solche Plattformen nicht privat nutzen dürfe.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek, warum man z. B. nicht facebook ganz sperre, erklärt Herr Quetscher, dass dann auch Wiesbaden Marketing und das Pressereferat diese Plattformen nicht nutzen könnten.

Für Stv. Kienast-Dittrich ist dies unverständlich, denn bei ihrem Arbeitgeber ginge das doch auch.

Herr Quetscher teilt mit, dass dies nicht allein seine Aufgabe sei, aber er rege an, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die Sanktionen festlegt. So etwas gäbe es z. B. bei der Remote-Funktion (Net-Viewer). Man könne z. B. mit einem anderen „Kumpel“ Remote aufbauen, datentechnisch sei das machbar, WIVERTIS würde das gar nicht mitbekommen, aber was sei dann hier mit dem Datenschutz? In Bezug auf Regelungslücken bei der LHW regt er an, die Stelle eines/einer IT-Sicherheitsbeauftragten einzurichten, der/die sich dann intensiv um die anstehenden Probleme kümmern könne. Nach seiner Auffassung ist hierfür der Einsatz eines/r Informatikers/in in Vollzeit notwendig, der/die sich tagesaktuell informiert. Diese/r IT-Beauftragte sollte nicht bei WIVERTIS angesiedelt sein.

Herr Quetscher stellt sich kurz vor und berichtet, dass er der Nachfolger von Herrn von Jagow als Datenschutzbeauftragter ist. Herr von Jagow sei mittlerweile Leiter des Bauaufsichtsamtes geworden.

Vors. Tollebeek regt an, das Thema politisch aufzuarbeiten. Auch über eine Stelle IT-Beauftragte/r müsse nachgedacht werden.

Einstimmig

0103 11-V-20-0039

Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2010

Der Jahresabschluss gilt als eingebracht und wird zunächst an das Revisionsamt zur Prüfung weitergeleitet.

Einstimmig

0104 Verschiedenes

Herr Zenzen teilt mit, dass

- mit der Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2009 wahrscheinlich in der Oktobersitzung diesen Jahres zu rechnen ist und

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 17. August 2011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

- der Jahresabschluss 2010, der heute der Tagesordnung zugesetzt wurde, dem Ausschuss nach der Prüfung im Februar 2012 vorgelegt werden kann.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2011

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba